

Berichte

Verein für Sozialpolitik: Salzburger Tagung vom 1. bis 4. Oktober 1952

Der Verein für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der satzungsgemäß jedes zweite Jahr eine wissenschaftliche Tagung abhält, tagte letztes Jahr vom 1. bis 4. Oktober in Salzburg, nachdem er bereits im April des Jahres in Berlin eine Sonderveranstaltung durchgeführt hatte¹. Während auf der Pymonter Tagung 1950 über die „Problematik der Vollbeschäftigung“ diskutiert worden war², hatte die diesjährige Tagung, zu der annähernd 400 Teilnehmer aus dem In- und Ausland gekommen waren, das Thema „Kapitalbildung und Kapitalverwendung“ zum Gegenstand. In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende der Gesellschaft, Prof. Gerhard Albrecht, Marburg, darauf hin, daß am 8. Okt. 1872 — also fast genau vor achtzig Jahren — jene denkwürdige Tagung in Eisenach stattgefunden hatte, die im folgenden Jahre zur Gründung des Vereins für Sozialpolitik führte. Durch die Wahl Salzburgs hätte der Verein die alte Tradition wieder aufgenommen, österreichische und deutsche Vertreter der Wirtschaftswissenschaft und des Wirtschaftslebens zu gemeinsamer Erörterung wichtiger wirtschaftlicher Probleme zu vereinigen. Daß die beiden Bundespräsidenten Dr. Körner und Prof. Dr. Heuss das Ehrenprotektorat über die Salzburger Tagung übernommen hätten, könnte als Zustimmung zu diesem Entschluß angesehen werden. Auch der österreichische Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Karl Gruber, Wien, begrüßte — zugleich im Namen der österreichischen Regierung — die Wahl Salzburgs zum Tagungsort und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Tagung über die engeren Vereinsziele hinaus „einen wichtigen geschichtlichen Beitrag für die Verbindung und die Verknüpfung unserer beiden geschichtlichen Welten und unserer beiden Völker“ bedeuten werde. Landeshauptmann Dr. Josef Klaus betonte die hohe Verantwortung der National-

¹ Vgl. Bericht in Schmollers Jahrbuch, 72. Jg., 4. Heft, S. 99 ff.

² Schr. d. V. f. S., Neue Folge, 3. Bd., Duncker & Humblot, Berlin 1951.

ökonomern, die heute wieder, „wie sie es vor 100 und 200 Jahren gewesen waren, in nahezu allen Staaten Europas zu unmittelbaren Beratern der für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Staatsmänner geworden“ seien. Auch Bürgermeister P a c h e r, Salzburg, Ministerialrat Prof. Dr. Helmut M e i n h o l d, der Minister Dr. Erhard vertrat, und Dr. Josef B e r g m a n n, Linz, als Präsident der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft für Oberösterreich, sprachen Worte der Begrüßung.

Mit dem Referat „K a p i t a l b i l d u n g u n d K a p i t a l v e r w e n d u n g i m v o l k s w i r t s c h a f t l i c h e n W a c h s t u m s p r o z e ß“ wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung durch Prof. Heinz S a u e r m a n n, Frankfurt, eröffnet, der es als seine wichtigste Aufgabe ansah, die sich anbahnende Wendung in der theoretischen Analyse für die Behandlung des Tagungsthemas fruchtbar zu machen. Wenn es richtig sei, daß die Diskussionsgegner die Trennungslinie durch Methode und Denkschema und damit durch Sprache und Terminologie aufrichteten, so müßte es möglich sein, eine allgemeine Theorie anzustreben, in der beide Ansätze zu ihrem Recht und daher zu ihrer Begrenzung kämen. Er stellte daher in dem ersten Teil seines Referates die umstrittenen Erkenntnisse der traditionellen oder „reinen“ Theorie und der neueren oder „funktionellen“ Theorie gegenüber. Die „reine Theorie“ des Kapitals sei ihrem Inhalt nach eine Analyse der vertikalen kapitalistischen Produktionsstruktur. Die Problematik, die sie behandle, sei die Frage der Koordination der Einzelwirtschaften, und zwar insbesondere der Koordination der Konsumgüter- und Produktionsmittelindustrie. Ihre Methode sei die der „real analysis“ in the long run, ihr Zweck die Gleichgewichtsanalyse bei Vollbeschäftigung. Was sie leisten könne, sei ausschließlich eine Analyse der „Umdirigierung der Produktion“, dagegen lasse sich unter den stationären Bedingungen des klassischen Denkschemas ein Wachstum nicht erklären. Die „funktionelle Theorie“ sei demgegenüber keine Struktur-, sondern eine Verlaufsanalyse. Sie sei eine Analyse der horizontalen Veränderung des Produktionsvolumens unter Berücksichtigung der zyklischen Bewegungen von Nominaleinkommen, Produktion, Investition und wirksamer Geldmenge. Die Problematik, die diese Theorie behandle, sei die der Veränderung der Geld- und Güterströme im ökonomischen Gesamtkreislauf. Ihre Methode sei die „monetary analysis“ in the short run, ihr Zweck die Analyse des Übergangs von einem Gleichgewichtszustand zu einem anderen Gleichgewichtszustand. Mit Hilfe einer solchen Verlaufsanalyse lasse sich auch die Kapitalbildung einwandfrei erklären, wobei hier als Kapital konkrete Geldbeträge zu verstehen seien, die der Investition gewidmet und damit dem Kauf von Konsumgütern vorenthalten werden. Unter der Voraussetzung von Produktionsreserven oder

ungenutzten Kapazitäten vollziehe sich die Kapitalbildung über die Geldschöpfung, die je nach der konkreten Situation Sparprozesse als Gegenposten, wie P r e i s e r gesagt habe, nach sich ziehe. Wenn somit auch die „funktionelle Theorie“ über die Frage der Kapitalbildung eine verbindliche Aussage machen könne, so lasse sich jedoch mit ihrer Hilfe nichts über die Kapitalverwendung aussagen. Dies sei der Ansatzpunkt, um die Problematik im Zusammenhang mit einer mittelfristigen Wachstumsanalyse erneut aufzugreifen. Vereine man infolgedessen Struktur- und Verlaufsanalyse miteinander, so ergäbe sich, allgemein formuliert, die Aufgabe, „eine Produktionsstruktur mit mehreren Stufen verlaufsanalytisch zu untersuchen“. Abschließend kam der Referent zu folgenden drei Ergebnissen: 1. In einer wachsenden Wirtschaft müsse ein permanenter Konsumzuwachs gegeben sein, damit das Produktionssystem auch im Zeitablauf sich im Gleichgewicht halte. Andernfalls ergäben sich Überschußkapazitäten. Der erforderliche Konsumzuwachs sei um so größer, je mehr Produktionsstufen vorhanden seien, woraus sich zugleich ergäbe, daß mit zunehmendem Gesamteinkommen relativ der Grenzhang zum Sparen abnehmen müsse, wenn ein kontinuierliches und relativ störungsfreies Wachstum gewährleistet sein solle. Indirekt erkläre sich hierdurch auch, daß im Prozeß der Entwicklung eine Abflachung der Einkommenspyramide zwangsläufig sei. 2. Hinsichtlich der Verteilung der Nettoinvestitionen auf die einzelnen Produktionszweige ergäbe sich im Wachstumsprozeß eine relative Verschiebung der Investitionen zugunsten der Konsumgüterindustrien und zu Lasten der Produktionsmittelindustrien. 3. Hinsichtlich des technischen Fortschrittes glaubte der Referent, weder H a n s e n , der den technischen Fortschritt als exogenen Faktor betrachte, noch H a r r o d , der den technischen Koeffizienten in der Wachstumsanalyse als konstant annehme, zustimmen zu können. Er neige vielmehr dazu, die Frage des technischen Fortschrittes mit der Frage der Reinvestition zu verbinden. Zu dieser Annahme werde er veranlaßt, weil in einer wachsenden Wirtschaft, in der selbst die Preise konstant sind und die Abschreibungsquoten völlig korrekt angesetzt werden, die Abschreibungsquoten die Ausgaben für Ersatzbeschaffungen erheblich überstiegen. Bevor jedoch die hiermit skizzierten Zusammenhänge exakt entwickelt und bewiesen werden könnten, müsse einmal dem Zusammenhang zwischen Wachstumsrate und Kapitalkoeffizient durch Branchenuntersuchungen nachgegangen und zum andern das Problem der erforderlichen Wachstumsrate des Betriebes untersucht werden.

In der zum Teil sehr lebhaften Diskussion, die von Prof. Alexander M a h r , Wien, eröffnet wurde und in der sich u. a. Prof. Theo S u r a n y i - U n g e r , Syracuse-USA, Staatssekretär Dr. Paul B i n d e r , Stuttgart, Prof. Hans B a y e r , Innsbruck, Dozent Dr. K r a u s , München,

Prof. Erich P r e i s e r, Heidelberg, Dozent Dr. Karl B r a n d t, Heidelberg, Dozent Dr. Wilhelm K r e l l e, Heidelberg, Dozent Dr. Herbert G i e r s c h, Münster, sowie Prof. Paul S e n f, Saarbrücken, beteiligten, wurde von Prof. Erich S c h n e i d e r, Kiel, vorgeschlagen, zwischen einer Theorie des stationären Kreislaufs, in der Nettoinvestition und Nettoersparnis gleich null sind, und der Theorie einer sich in Entwicklung befindenden Wirtschaft, d. h. einer Wirtschaft mit positiver oder negativer Nettoinvestition, zu unterscheiden. Eine sich entwickelnde Wirtschaft lasse sich wiederum einmal in statischer bzw. komparativ-statischer Analyse und zum andern in dynamischer Analyse meistern. Namentlich von Praktikern — so z. B. von F. B u t s c h k a u, Düsseldorf, dem Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen — wurde die Gleichsetzung von Kapital und Geld, aber auch die Gleichsetzung von freiwilligem und erzwungenem Sparen angegriffen. Zu der Bemerkung Butschkaus, daß in dem kunstvollen System, das Prof. Sauer mann entwickelt habe, kein Platz für menschliche Empfindungen sei, sagte Prof. Heinrich R i t t e r s h a u s e n, Mannheim, daß durch die extreme Quantifizierung, die der funktionalen Theorie eigentümlich sei, in der Tat der Mensch ausgeschaltet würde. Er glaube, daß die Wissenschaft durch eine Wiedereinschaltung des Menschen gewinnen würde. Dies sei durch eine Änderung der Daten möglich.

In dem sich am Nachmittag des 1. Verhandlungstages anschließenden Vortrag über „Möglichkeiten einer finanzpolitischen Beeinflussung von Kapitalbildung und Kapitalverwendung“ betonte Prof. Fritz N e u m a r k, Frankfurt, einleitend, daß er seinen Ausführungen eine „gemischte“, d. h. eine interventionistische Wirtschaftsordnung zugrunde lege und daß er unter Kapital jenen nicht konsumierten Teil des Volkseinkommens verstehen wolle, der angeboten wird und investitionsdisponibel ist. Nach einem allgemein-systematischen Überblick über die verschiedenen finanzpolitischen Möglichkeiten einer quantitativen oder qualitativen Einflußnahme auf die Kapitalbildung und Kapitalverwendung untersuchte er ausführlich jene — vor allem steuerlichen — Eingriffe, die primär eine Einwirkung auf die Kapitalbildung bezwecken, wobei er bei seinen Erörterungen grundsätzlich voraussetzte, daß sowohl das Gesamtsteueraufkommen konstant bleibt als auch die Ausgaben nach Umfang und Zusammensetzung keine Veränderung erfahren. Die Wirkungen, die eine Veränderung des steuerlichen Gesamtprogressionsverlaufs für die Kapitalbildung ausüben könne, hinge weitgehend von der „Verteilungsform“ der Einkommen vor Entrichtung der Steuern, von der durchschnittlichen Konsumneigung und namentlich von der Gestaltung des Grenzhanges zum Verbrauch ab. Er unterstellte bei seinen weiteren

Ausführungen, daß der Grenzhang zum Verbrauch für die große Mehrzahl der Einkommen annähernd stabil sei, jedoch von einer bestimmten Einkommenshöhe ab eine beschleunigt progressive Abnahmetendenz aufweise. Infolgedessen könne man eine Förderung der Kapitalbildung durch Beschränkung des Verbrauchs dadurch erreichen, daß man die Einkommensteuerprogression entsprechend mildere oder die Massenverbrauchsbesteuerung verschärfe. Eine personell und progressiv gestaltete allgemeine Ausgabensteuer — in der Art der in USA zeitweilig eingeführten „Spending Tax“ — erweise sich anscheinend als undurchführbar und käme jedenfalls nicht als ständiges Element eines modernen Steuersystems in Frage. Eine Erhöhung der Steuern auf den unentbehrlichen Massenkonsum würde ceteris paribus einen positiven Effekt auf die Kapitalbildung ausüben, während eine verstärkte Besteuerung entbehrlicher Konsumgüter u. U. auch den umgekehrten Effekt haben könne. Des weiteren ging der Referent in diesem Zusammenhang auf die einkommensteuerliche Begünstigung echter Sparguthaben oder des Ersterwerbs von Wertpapieren, auf die Problematik von Sondermaßnahmen für Kapitalerträge, auf die Möglichkeiten einer finanzpolitischen Beeinflussung der Ausschüttung bzw. Entnahme von Betriebsgewinnen und auf das Prämiensparen ein. Als Mittel einer Beschränkung der Kapitalbildung, die bei strukturellen oder konjunkturellen Depressionen mit „over-saving“ Tendenzen in Frage kämen, nannte der Referent u. a. neben der Senkung von Massenverbrauchssteuern und einer Verschärfung der Einkommensteuerprogression auch Spezialsteuern auf „idle money“ (Horte) und die Diskriminierung nicht ausgeschütteter bzw. nicht entnommener Gewinne. Grundsätzlich genüge es nicht, nur Veränderungen des Verbrauchs und/oder der Kapitalbildung zu beachten, es müßten auch die Wirkungen berücksichtigt werden, die sich aus den getroffenen Maßnahmen in Hinblick auf die Produktionsbedingungen ergeben könnten. So könnte z. B. eine Erhöhung der Einkommensteuer auf kleine und mittlere Einkommen u. U. zu einer Verringerung des Arbeitsangebotes führen und dadurch gegebenenfalls die günstigen Wirkungen einer Förderung der Kapitalbildung wieder weitgehend kompensieren. Ebenso verursachte eine Verschärfung der Einkommensteuerprogression bekanntlich jenseits eines bestimmten Punktes einen „Betriebsausgabenluxus“, der genau das Gegenteil dessen sei, was man erstrebe. Abschließend behandelte der Vortragende die spezifischen Maßnahmen, mittels derer die Finanzpolitik die Struktur der Investitionen zu verändern suchen könne, wobei er neben der „Zwangskapitalbildung“ vornehmlich der Subventionen gedachte. Gäbe es somit auch zahlreiche Möglichkeiten einer finanzpolitischen Beeinflussung von Kapitalbildung und Kapitalverwendung, unter denen die steuerpolitischen Eingriffe an erster Stelle zu nennen seien, so dürfe man jedoch

nicht übersehen, daß die Steuer „nur eines und nicht das wirksamste Mittel ist, um das ökonomisch wie sozial erwünschte quantum und quale an Kapitalbildung sowie die optimale Kapitalverwendung zu gewährleisten“.

In der Diskussion, die Prof. Anton Tautscher, Graz, aus dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer finanzpolitischen Beeinflussung von Kapitalbildung und Kapitalverwendung eröffnete, sprachen u. a. Prof. Otto Veit, Frankfurt, Prof. Hans Ritschl, Hamburg, Dr. Kurt Rothschild, Wien, und Prof. Günter Schmolders, Köln, der darauf hinwies, daß sich das Modell der vollkommenen Konkurrenz für die Finanzwissenschaft als ungeeignet erwiesen habe. Mit Nachdruck erklärte Prof. Wilhelm Gerloff, Frankfurt, daß er die beste Möglichkeit einer finanzpolitischen Beeinflussung von Kapitalbildung und Kapitalverwendung darin erblicke, den einzelnen ein solch reichliches Einkommen zu beschaffen bzw. zu belassen, daß möglichst vielen, wenn nicht allen Einkommensteuerepflichtigen eine Kapitalbildung ermöglicht wird: „Man beseitige zuerst einmal die Beschränkungen, die der freien Kapitalbildung und Kapitalverwendung gesetzt sind, dann wird es kaum noch der Begünstigungen bedürfen, um den Kapitalmarkt aufzutauen und wieder in Fluß zu bringen.“

Dr. Eduard Wolf, Mitglied des Direktoriums der Bank Deutscher Länder, Frankfurt, ging in seinem Vortrag über die „Probleme der Wiederbelebung des Kapitalmarktes“ davon aus, daß trotz einer insgesamt außerordentlich hohen Kapitalbildung der Anteil des Kapitalmarktes — vor allem im Vergleich zur Selbstfinanzierung oder zur Kapitalbildung über die öffentlichen Haushalte — an der Kapitalbildung nur gering sei. Dieser Zustand sei auf die Dauer aus sozialen wie wirtschaftlichen Gründen gefährlich. Besonders verhängnisvoll sei die Verödung des Wertpapiermarktes. Hierdurch würde auf die Dauer auch der Einsatz der übrigen Kapitalmarktmittel in Frage gestellt, da dem Bankenapparat nicht zugemutet werden könne, in vollem Umfange in das längerfristige Risiko einzutreten, das von dem nur noch in Depositenform sparenden Sparer gemieden werde. Die Entwicklungsaussichten des Kapitalmarktsparens wurden jedoch von dem Referenten verhältnismäßig optimistisch beurteilt. Das Wiederentstehen von „Käufermärkten“ fördere das personale Sparvermögen, wie es die Chancen der Selbstfinanzierung mindere. Ein wesentliches Hemmungsmoment sei allerdings die überstarke Progression der Einkommensteuer. Wenn man in absehbarer Zeit die Steuerprogression nicht allgemein herabsetzen könne, so sollte man wenigstens für den ersparten Teil des Einkommens die bisherigen Steuervergünstigungen nicht nur beibehalten, sondern noch erweitern. Besonderer Bemühungen werde es bedürfen, den Sparer wieder an Sparformen zu gewöhnen, die

mit einem größeren Risiko behaftet seien als das Kontensparen. Die Abneigung des Sparers gegen das Wertpapiersparen beruhe bis zu einem gewissen Grade auf dem gesteigerten „Geldwertbewußtsein“ der modernen Zeit. Die Schaffung „sachwertbezogener“ Wertpapiere sei jedoch abzulehnen, weil hierdurch inflationistischen Tendenzen Vorschub geleistet, aber auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmer gemindert werden würde. Vor allem aber hätten wirtschaftspolitische Fehler — wie die Behandlung der Aktie oder die verfehlte Niedrighaltung des Kapitalzinses auf einem nicht der Marktlage entsprechenden Niveau — die Attraktivität der Wertpapiermärkte vernichtet. Die bisherige Zinspolitik müsse unter allen Umständen revidiert werden, wobei eine Lösung im Sinne des zur Zeit beratenen Kapitalmarktförderungsgesetzes am zweckmäßigsten sei. Wenn auch eine solche Lösung nicht ideal wäre, so schein sie doch bei der gegenwärtigen Steuerbelastung und dem gegenwärtigem Mietniveau als der zur Zeit einzig gangbare Weg. Durch die Steuerbegünstigung der Zinserträge könnte auch eine Heraufkonvertierung der bisher mit einem Zwangszinssatz emittierten Wertpapiere vermieden werden. Wirtschaftlich wie psychologisch seien die besten Voraussetzungen für umfangreichere Aktienemissionen gegeben, jedoch sei eine Reaktivierung des Aktienmarktes nur möglich, wenn Maßnahmen, welche die Aktie diskriminierten, wie z. B. die Dividendenbeschränkung oder die Doppelbesteuerung, aufgehoben oder gemildert würden. Auch eine stärkere Pflege der Kleinaktie sei in Erwägung zu ziehen. Wenn die Scheu des breiten Publikums vor der Wertpapieranlage nicht zu überwinden sei, würde die Wiederbelebung des Effektenmarktes entscheidend von einer stärkeren Anlagebereitschaft der Banken abhängen, wozu jedoch der Bankenapparat nur unter bestimmten Bedingungen bereit sein würde. Abschließend betonte der Vortragende, daß keinerlei Anlaß zu einem grundsätzlichen Pessimismus bestände. Es werde freilich notwendig sein, in mancher Hinsicht neue Wege zu gehen.

Die Diskussion, an der sich zahlreiche Praktiker beteiligten, war überaus lebendig. Nachdem zunächst Prof. Rudolf St u c k e n, Erlangen, dem Vortragenden darin zugestimmt hatte, daß gegebenenfalls eine stärkere Einschaltung der Banken in die Effektenanlage zu befürworten sei, unterstrich Dr. E. W. S c h m i d t, Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank, Düsseldorf, den großen Anteil, den die Banken des kurzfristigen Geschäfts an der Investitionsfinanzierung bereits übernommen hätten, und warnte davor, die Möglichkeiten für einen weiteren Einsatz der Kreditbanken in dieser Richtung zu überschätzen. Während Dr. B u t s c h k a u ähnlich wie der Referent bezweifelte, daß das Kapitalförderungsgesetz dem Kapitalmarkt erhebliche Mittel zuführen werde, wenn nicht eine radikale Steuerreform zugunsten des

Kapitalmarktes hinzutrete, lehnte Dr. Volkmar Muthesius, Frankfurt, das Kapitalmarktförderungsgesetz völlig ab, weil es das Zinsgefüge verunreinige, und befürwortete statt dessen grundsätzlich eine völlige Freigabe des Kapitalmarktes und damit auch des Zinses. Prof. Paul Hermbert, Bonn, warf wiederum die Frage auf, ob es Zweck habe, für den Kapitalmarkt Prämien auszuwerfen, wenn die Schichten, die früher ihre Ersparnisse zum Kapitalmarkt gebracht hatten, nämlich Beamte und höhere Angestellte, zu entsprechenden Ersparnissen nicht mehr in der Lage seien.

Zu Beginn seines Vortrages über „Die Kapitallenkung und ihr Einfluß auf die Kapitalbildung“ stellte Prof. Dr. Helmut Meinhold, Heidelberg, fest, daß in der „gemischten Wirtschaftsordnung“ drei Grundformen der Investitionsauslese vorkommen können: 1. die „direkte Investitionsauslese“ (Investitionsgebote und -verbote), 2. die „Kapitallenkung“ (Emissionskontrolle, zweckbestimmte Kreditschöpfung, Begünstigung bestimmter Kapitalverwendungen, Beeinflussungen der Anlagepolitik der Banken), und 3. die „güterwirtschaftliche Investitionslenkung“ (Bewirtschaftung von bestimmten, für Investitionen benötigten Gütern). Die „güterwirtschaftliche Investitionslenkung“ sei jedoch mit der Regulierung der Investitionsquote durch geldwirtschaftliche Kapitallenkung nicht zu vereinen und führe auf die Dauer zum zentralen Plan: „sie ist als wirtschaftspolitisches Mittel einer gemischten Ordnung, abgesehen von kurzfristigen Übergängen, nicht brauchbar“. Bei der „direkten Investitionsauslese“ sei es nicht viel anders. Man könne freilich durch einzelne Verbote „gewisse Umlenkungen“ erstreben. Derartige Maßnahmen (wie z. B. das Verbot von Kinobauten) würde zwar den Marktmechanismus beeinflussen, ihn aber nicht aufheben. Würden jedoch die Verbote so umfangreich, daß ein beträchtlicher Teil der Kapitalnachfrage ausgeschaltet würde, so bliebe ein negativer Einfluß auf die Kapitalbildung nicht aus und es würde nicht die geplante Kapitalumlenkung, sondern eine Senkung der Investitionsquote die Folge sein. Nur im Bereich der „Kapitallenkung“, die sich der Emissionskontrolle, der Beeinflussung der Anlagepolitik der Banken oder auch indirekter Mittel wie Steuer- und Zinsvergünstigungen bediene, sah der Referent größere Möglichkeiten. Das entscheidende Problem ergäbe sich hier daraus, daß die Kapitalbildung vielfach zweckbestimmt sei und sich daher einer Kapitallenkung zu entziehen trachte. Mit den Mitteln der Kapitallenkung — insbesondere durch steuerliche Mittel — könne man z. B. die Bildung zweckgebundener Kapitalien (z. B. für den Wohnungsbau) begünstigen oder umgekehrt auch erschweren. Ebenso könne man bestimmte Kapitalverwendungen — z. B. den Ankauf bestimmter Wertpapiere — steuerlich oder durch Zinssubventionen begünstigen.

Aber auch hier sei der Erfolg der Lenkungsmaßnahmen nicht vorher quantifizierbar, so daß Disproportionalitäten in der Kapitalbildung die Folge sein könnten. Die Verwendung der Kreditschöpfung als Mittel der Kapitallenkung lehnte der Referent mit Entschiedenheit ab. Abschließend kam der Vortragende zu dem Ergebnis, daß in der „gemischten Ordnung“ als Mittel der Investitionsauslese die Zusammenarbeit mit den Banken, das Investitionsverbot, die Begünstigung der Kapitalbildung für bestimmte Verwendungszwecke, der Anlagezwang und die Emissionskontrolle zur Verfügung stehen, daß aber auch diese Mittel fast ausnahmslos nur beschränkt anwendbar seien, weil sie die Gefahr eines ungleichartigen Wirtschaftsfortschrittes heraufbeschwört. Genau besehen handele es sich um Instrumente zur ungleichgewichtigen Entwicklung: „In gewissen Stadien kann eine solche ungleichgewichtige Entwicklung für kürzere oder längere Zeit durchaus angemessen sein, auf die Dauer aber muß sie sich als ein Hemmnis des Fortschritts ausweisen.“

In der Diskussion, an der sich u. a. Prof. Otto Veit, Frankfurt, Dr. Winkler, München, Otto Lautenbach, Heidelberg, beteiligten, wandte sich Senator Prof. Karl Schiller gegen das „Hantieren mit den radikalen Idealtypen vollständig perfektionierter Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft“, das außerordentlich unfruchtbar sei. Wir lebten immer im Übergang und müßten daher auch immer eine Politik des Übergangs treiben. In seinem Schlußwort erwiderte Prof. Meinhold, er sei gerade umgekehrt der Meinung, daß man sich als Wissenschaftler nicht mit einem System des Übergangs zufrieden geben könne, sondern ein System schaffen müsse, das reibungslos funktioniere.

In seinem Referat „Kapitalbildung und Kapitalverwendung in der Unternehmung“ unternahm Prof. Martin Lohmann, Freiburg — der leider erkrankt war, so daß sein Vortrag durch Prof. Erich Guttenberg, Köln, verlesen wurde —, den Versuch, „durch stärkeres Eingehen auf Einzelheiten Lücken auszufüllen, die zwischen der formalen Eleganz der Theorie und dem Handeln der Praxis auf dem Gebiet der Finanzierung bestehen“. Während das Referat die Problematik der ‚Außenfinanzierung‘ nur kurz streifte, wurden die beiden Spielarten der ‚Innenfinanzierung‘, die Selbstfinanzierung und die Finanzierung aus vorangegangener Desinvestition, ausführlicher behandelt. Die Bedenken gegen die Selbstfinanzierung reichten nicht aus, um eine Unterdrückung um jeden Preis zu fordern, es käme „höchstens durch preis- und kapitalmarktpolitische Mittel eine Zurückführung auf eine tragbare Höhe und eine Steuerung je nach der konjunkturellen Situation“ in Frage. Weniger als die viel diskutierte Selbstfinanzierung sei eine andere Quelle der ‚Innenfinanzierung‘ be-

achtet worden, die sich aus der laufenden Freisetzung von Kapital durch Lagerabbau und Rohstoffeinsparung, beschleunigtem Durchlauf des Produktes, und vor allem aus Anlaß der Abschreibung ergäbe. Dieser Vorgang ginge über eine bloße Umschichtung des Kapitals weit hinaus und erkläre das stoßweise Wachstum von Unternehmungen ohne sichtbaren Kapitalzufluß. Als Beispiel erwähnte das Referat den Fall eines Unternehmers, der eine Flotte von zehn Schiffen einsetze und bei zwanzigjähriger Lebensdauer eines Schiffes mit 5 % konstanter Abschreibung rechne. Bereits nach zwei Jahren stünden ihm infolge dieser Abschreibungen die Mittel zur Beschaffung eines elften Schiffes zur Verfügung und nach Ablauf von zwanzig Jahren könnte auf diese Weise — bei Einrechnung der Abschreibungsquoten für die neuen Schiffe — ein Bestand von vierundzwanzig (statt ursprünglich zehn) Schiffen erreicht sein. Mit zunehmender Streuung des Lebensalters der Schiffe würde der Bestand wieder auf 18—19 Schiffen absinken, in jedem Fall aber eine beträchtliche Kapitalzunahme bestehen bleiben, wobei es dem Unternehmer freistehen würde, diese zusätzlichen Mittel zu investieren, auszuleihen oder in Form von Liquiditätsreserven zu halten.

Im zweiten Teil behandelte das Referat die Verteilung der Finanzierungsmittel auf die einzelnen Verwendungszwecke. Nach einer eingehenderen Betrachtung über die Rationalität der Investitions- und Planungsrechnungen, aus der Prof. Lohmann den Schluß zog, daß der Unternehmer der Theorie eine „unrealistische Figur“ sei, wurden Ersatzinvestitionen sowie Verbesserungs- und Erweiterungsinvestitionen einer Untersuchung unterzogen. Das Grundübel sei die Massierung der Investitionen in bestimmten Phasen des Zyklus. Ein bloßer Appell an die Unternehmer könne hier keine Abhilfe schaffen, es müßten vielmehr die Reaktionen der Unternehmer allmählich durch eine Beeinflussung von außen geändert werden. Ein Beispiel hierfür sei das Schweizer Bundesgesetz vom 3. Okt. 1951 über Arbeitsbeschaffungsreserven, das den Unternehmer dazu anrege, Investitionen aus der Zeit der Prosperität in die Zeit der Depression zu verlegen. Würde der Unternehmer aufgespeicherte Gewinne, die in der Phase der Prosperität versteuert und zu 60 % in Bundesanleihe angelegt worden seien, in der Phase der Depression investieren, so würden ihm nicht nur die in der Anleihe gebunden gewesenen Mittel zurückgegeben, sondern auch die entrichtete Steuer erstattet. Seine Gewinne würden hier also nur zeitweise sterilisiert, aber nicht konfisziert, und der Staat, der freilich die Einnahmen aus den Anleihen nicht seinerseits in den Verkehr bringen dürfe, könnte sich auf „wenige, aber entscheidende sogenannte unrentable Arbeitsbeschaffungsprogramme“ beschränken. Ähnliche Wirkungen würden sich einstellen, wenn man in der Zeit

des Hochschwungs niedrige Abschreibungssätze festsetzte oder Investitionen besteuere oder wenn man in der Phase der Depression hohe Steuern auf liquide Mittel lege. Anstatt billige Vorwürfe wegen angeblicher Fehlinvestitionen auf den Unternehmer zu häufen oder gar einen radikalen Umbau des gesamten Wirtschaftssystems zu verlangen, sei es richtiger, die Grenzen der autonomen Entscheidungsfreiheit des Unternehmers wirtschaftspolitisch in Rechnung zu stellen.

Prof. Willy Bouffier, Wien, der die Diskussion eröffnete, betonte, daß erhebliche Kapitalbereitstellungen der künftigen Verlustdeckung dienen, und forderte, daß auch steuerlich eine Gewinn- und Verlustrechnung auf lange Sicht anerkannt würde. Prof. Hintner, München, sprach über die Unterschiede von „internem“ Sparen durch Bildung von Rücklagen und dem „externen“ Sparen durch Versicherungen, und verlangte bei Kapitalgesellschaften gesetzliche Vorschriften über die Art der Anlage der Reserven — analog zu den Vorschriften bei den Banken, während Prof. Günter Schmolders, Köln, darauf hinwies, daß die steuerlichen Vergünstigungen in der Bundesrepublik — wie z. B. bei den „7 d-Geldern“ — an Bedingungen gebunden seien, welche das Problem der Fehlinvestitionen heute immer akuter werden lassen. Während Prof. Karl Schwantag, Mainz, die Selbstfinanzierung damit zu rechtfertigen suchte, daß es sich bei diesen Mitteln vielfach nur um Abschreibungen und normale Zinskosten handele, legte Prof. Theodor Wessels, Köln, dar, daß der Vorgang der Selbstfinanzierung in einer normal funktionierenden Marktwirtschaft etwas durchaus Natürliches sei. Kritisch würde der Sachverhalt nur, wenn sich die Gewinne wie in den letzten Jahren unter ganz anomalen Verhältnissen bildeten.

Mit einer Darlegung der Gründe, die den Glauben an den Automatismus des internationalen Kapitalausgleiches seit 1914 erschüttert hätten, begann Prof. Josef Dobretsberger, Graz, sein Referat „Der internationale Kapitalismus“. Er berichtete dann über die Entwicklung, die über das Tripartite-Abkommen von 1938 zur Errichtung des internationalen Währungsfonds in Bretton Woods geführt hätte. Die Schaffung des internationalen Währungsfonds habe jedoch das System des internationalen Kapitalausgleichs nicht wesentlich verändert, weil man einmal die bestehenden bilateralen Abkommen — wie das Sterling Area Agreement — auf unbestimmte Zeit verlängert habe und weil zum anderen auch die Statuten des Währungsfonds selbst wesentliche Elemente des Bilateralismus enthielten. Noch stärker habe die Weltbank für Kapitalanlagen und Wiederaufbau versagt, so daß die Frage des internationalen Kapitalausgleichs heute vor denselben Problemen wie vor 1939 stünde: „Noch immer bildet der Bilateralismus und Regionalismus das Grundgerüst des Zahlungs-

verkehrs zwischen den Staaten.“ Die Ursachen hierfür lägen nicht in den technischen Mängeln, die der Konstruktion des Währungsfonds oder der Weltbank anhafteten, sondern in dem Umstand, daß man mit bloß monetären Maßnahmen die Störungen der Produktions-, Preis-, Austausch- und Einkommensverhältnisse nicht beheben könne. Kreditpolitische und zahlungstechnische Kunstgriffe — wie Abwertungen, Hilfskredite, Zinsfuß erhöhungen, Importbeschränkungen und Transfer-Verrechnungen — stellten nur eine Oberflächenbehandlung dar, welche die Krankheit selbst nicht ausheilen könnten. Der „monetäre Monismus“ sei einer der grundlegenden Denkfehler der „funktionellen Kapitaltheorie“. Auf der anderen Seite müsse man sich aber auch darüber klar sein, daß das freie Spiel der Kräfte nur unter den besonderen Bedingungen einer stürmischen Wirtschaftsentwicklung, wie sie in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vorherrschten, immer wieder zu einem weltwirtschaftlichen Gleichgewicht hätte führen können. In der ganz anders gearteten Einbettung von heute, die überall an die Grenzen der Expansion stoße, „verwandeln sich jedoch Privatinitiative und Wettbewerb in einen Vernichtungskampf egoistischer Personen und Gruppen, der zur Auflösung der weltwirtschaftlichen Ordnung, zum Rückgang der Wirtschaftsbeziehungen und zur Verarmung der Völker führt“. Prof. Dobretsberger sieht daher eine Lösung des Problems des internationalen Kapitalausgleichs in einer „weltweiten Planung der Erzeugung und Verteilung“: „Was damit gemeint ist, zeigen uns die Unternehmer selbst mit ihren internationalen Kartellen, Konzernen, Restriktionsplänen usw.“ Auch die internationalen Organisationen des Völkerbundes und heute der UNO versuchten, die Produktion zu koordinieren, die Rohstoffe gleichmäßig zu verteilen, die Spekulationen auszuschalten, Preisschwankungen zu verhindern, das Kapital gleichmäßiger zu verteilen, die Investitionen auf das richtige Maß zu beschränken, um Überproduktion zu vermeiden, die Volkseinkommen auf gleiche Stufe zu heben und die zurückgebliebenen Gebiete in den allgemeinen Fortschritt einzubeziehen. Daß man hierfür jedoch „noch keine endgültige und befriedigende Form“ gefunden habe, sei vielleicht die tiefste Wurzel für die Störungen des internationalen Kapitalausgleichs.

In der Diskussion wandten sich Prof. Helmut Meinhold, Heidelberg, und Dr. Anton Zottmann, Kiel gegen die Behauptung, daß die Weltbank vollständig versagt habe. Nachdem zuvor Dr. Zimmerer, Mannheim, den Gedanken, „eine internationale Verwaltungswirtschaft einzuführen, um den Kapitalverkehr von Land zu Land zu heben“, abgelehnt hatte, versuchte Dozent Dr. Herbert Giersch, Münster, darzulegen, wie man eine internationale Planung durchsetzen könne, ohne daß dies auf eine internationale Verwaltungs-

wirtschaft hinauslaufe. Auch Prof. Dobretsberger wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß eine Befehlswirtschaft, die von einer Zentralstelle aus in alle Städte der Welt ihre Befehle erteile, nicht in Frage kommen könne. Er denke an eine internationale Planung in der Art der Zuckerkonvention, die auf der einen Seite die früheren Spekulationsgewinne ausgeschaltet und auf der anderen eine stetige Verzinsung bei sicherer Erhaltung des investierten Kapitals gewährleistet habe, so daß das Kapital, das sich bereits infolge des ansteigenden Risikos zurückgezogen hätte, wieder geflossen sei.

Als letzter Referent sprach Prof. Rudolf Meimberg, Berlin, über „Investitionsprobleme in Grenzgebieten“ unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Westberlin. Der Verzicht auf öffentliche Investitionen führe in Grenzgebieten nicht nur zur Stagnation, sondern zum Rückschritt. Von besonderer Wichtigkeit sei in Grenzgebieten die Frage der Investitionsbereitschaft. Diese lasse sich durch wohlüberlegtes Zusammenwirken privater und öffentlicher Kräfte erhöhen. Eine schwierige, aber lösbare Aufgabe sei es, die entsprechenden Maßnahmen so auszuwählen, daß der Wettbewerb nicht behindert, sondern umgekehrt gefördert würde. Wichtig sei es auch, Verzerrungen innerhalb der Wirtschaft des Grenzgebietes oder im Verhältnis zwischen Grenzgebiet und Außenwelt zu vermeiden. Gute Erfahrungen seien in Westberlin mit einem langfristigen Aufbauplan gemacht worden, der die Voraussetzungen nenne, welche die vorgesehene Erhöhung der Arbeitsplätze ermöglichen könnten. Um zu ermitteln, auf welchen Gebieten eine Entwicklung der Wirtschaft die meiste Aussicht auf Erfolg biete, hätte man die Absatzmöglichkeiten und die technischen Gegebenheiten und Chancen zu erforschen gesucht. Ebenso hätte man die Kosten der geplanten Ausweitung einschließlich der Kosten geschätzt, die von Westberlin selbst nicht aufgebracht werden könnten. Abschließend warf der Referent die Frage auf, ob die in Westberlin gemachten Erfahrungen auch für Westdeutschland oder — noch allgemeiner — für den Westen Europas Gültigkeit beanspruchen könnten. Würde diese Frage positiv entschieden, dann würden „sozial- und wirtschaftspolitische Richtsätze“ wie auch das „Gebot der Koordinierung der innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vermehrt aktuell.

In seinen Schlußworten betonte der Vorsitzende des Vereins für Sozialpolitik, Prof. Gerhard Albrecht, daß es nicht Zweck einer wissenschaftlichen Tagung sein könne, zu bestimmten Resultaten zu kommen, die in Entschlüssen niedergelegt würden. Es sei jedoch erfreulich, daß es in einigen grundlegenden Fragen zu einer Angleichung der Meinungen gekommen sei. So herrsche z. B. weitgehende Übereinstimmung darüber, daß man die Bedeutung der steuerpoliti-

schen Mittel, einschließlich der ‚Fiscal Policy‘, nicht überschätzen dürfe, daß man aber dort, wo sich Möglichkeiten für ihren Einsatz bieten, von ihnen auch Gebrauch machen sollte. Besonders eindrucksvoll erscheine ihm die Feststellung von Prof. Neumark, daß es auch für die wirtschaftspolitische Wirkung wichtiger sei, zu einer zweckmäßigen Gesamtreform der Einkommensteuer zu gelangen, als immer wieder mit kleinen Mitteln an dieser Steuer herumzudoktern. Einig sei man sich grundsätzlich auch darüber gewesen, daß der freie Kapitalmarkt und damit auch der Zins an Bedeutung verloren habe. Übereinstimmung habe endlich aber auch darüber bestanden, daß alles geschehen müsse, um den Wertpapiermarkt neu zu beleben und daß hierfür nicht zuletzt auch die Zinspolitik entscheidend sei. Mit einem Dank an alle, die bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung mitgewirkt hatten, schloß der Vorsitzende die Salzburger Tagung, mit der die Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zugleich in eindrucksvoller Weise die achtzigjährige Wiederkehr der Gründungsversammlung des alten Vereins gefeiert hatte.

Helmut Arndt-Marburg (Lahn)